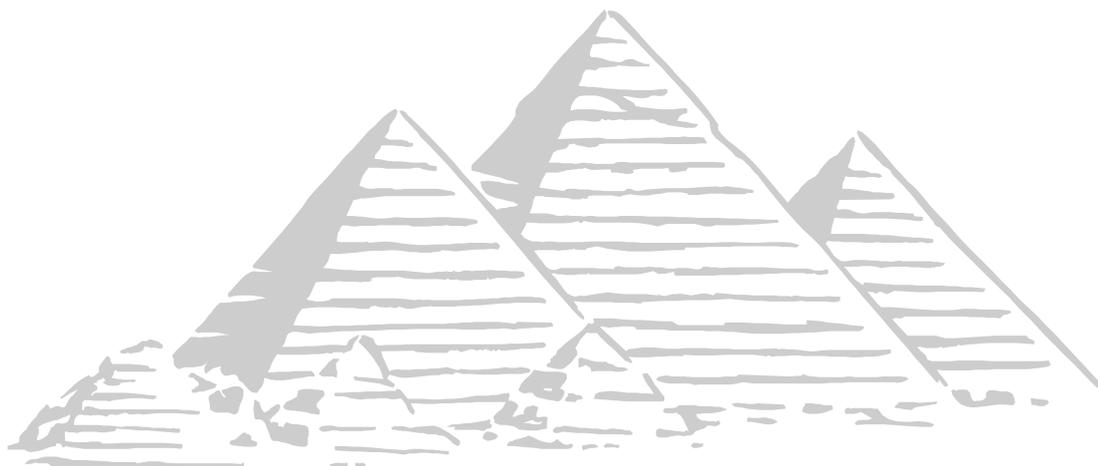


Konrad-Adenauer-Stiftung  
Länderbüro Kairo

## **KAIRO - NEWS**

**Januar 2007**



**Ägypten im Jahr des 25 jährigen Amtsjubiläums von Hosni Mubarak**  
Michael A. Lange

**Ägyptens Verfassungsreformen auf gutem Weg ?**  
Michael A. Lange / Dennis Gremm

**Eine neue Energiepolitik für Ägypten**  
-Wenn das eigene Erdöl versiegt-  
Michael A. Lange / Dennis Gremm

**Ägyptens Freunde und Feinde**  
-Erste ägyptische Meinungsumfrage stimmt nachdenklich-  
Michael A. Lange / Dennis Gremm

**Kirchenspaltung in Ägypten ?**  
Michael A. Lange / Dennis Gremm

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Länderbüro Kairo  
35, Abu El Feda Street  
Zamalek, Kairo

Tel. 0020-2-735 43 29  
Fax: 0020-2-737 21 21  
kaf@internetegypt.com  
<http://www.kas.de>

## **Ägypten im Jahr des 25 jährigen Amtsjubiläums von Hosni Mubarak**

Es besteht kaum Zweifel darüber, dass sich Ägypten auch in den vergangenen 12 Monaten, wieder als politisch stabilisierender und wirtschaftlich liberalisierender Faktor im Nahen Osten erwiesen hat. Dies wurde, angesichts der weiter bestehenden Gefahrenherde im gesamten Nahen Osten, nicht nur von der Europäische Union wieder in verstärktem Maße zur Kenntnis genommen, sondern gleich auch in das, die ganze Region betreffende, sicherheits- bzw. außenpolitische Kalkül der westlichen Staaten einbezogen.

In den Beziehungen zu Ägypten dominieren deshalb neben dem andauernden Kampf gegen den islamistisch motivierten Terrorismus, jetzt wieder die Bemühungen um die Fortsetzung des Roadmap Friedensprozesses, der Aufbau einer regionalen Sicherheitsstruktur sowie die Erweiterung des wirtschaftlichen Austausches zur Stärkung der gemeinsamen wirtschaftlichen Zukunft das politische Geschehen bzw. die Kooperationsbemühungen auch mit diesem Land. Vor dem Hintergrund einer Kooperationsbilanz, die nach jetzt zehn Jahren euro-mediterraner Partnerschaft doch eher ernüchternd ausfällt, zeigte man sich momentan wieder verstärkt bemüht, die Partnerschaft mit Ägypten, ungeachtet der zahlreichen mit EU Mitteln inzwischen etablierten weiterhin aber eher „disfunktionalen“ institutionellen Strukturen, Fortschritte vor allem mit Blick auf den gewünschten breiten demokratischen Reformprozess in der Region im Allgemeinen und in Ägypten im Besonderen zu erzielen.

### **Ägyptens wichtige wirtschaftliche Leitfunktion**

Ägypten selbst fand im vergangenen Jahr, nicht zuletzt auch deshalb die besondere Aufmerksamkeit auswärtiger Beobachter, weil das 25. Amtsjubiläum des ägyptischen Präsidenten eine ganze Reihe von damit im Zusammenhang stehenden, wichtigen Fragen in den Mittelpunkt der mittelfristigen strategischen Überlegungen, nicht nur europäischer Regierungen rückte.

Oberflächlich betrachtet blickten die meisten Kommentatoren aus diesem, in Ägypten medial eher vernachlässigten, Anlass überwiegend mit Wohlwollen auf die vergangenen 25 Jahre politischer Führung durch Hosni Mubarak zurück. Man zollte dem ägyptischen Präsidenten dabei sowohl Anerkennung für seine moderierende Führungsrolle im immerwährenden Nahostkonflikt, artikulierte jedoch zunehmend auch die Sorge, was aus dem Land in der Ära nach Mubarak werden solle bzw. könne. Man sprach dem ägyptischen Präsidenten zurecht große Anerkennung dafür aus, dass es ihm in den langen Jahren seiner Amtszeit erfolgreich gelungen war, sein Land weitestgehend vor tragischen innen- und außenpolitischen Fehlern zu bewahren. Mubarak hatte zwar, nachdem er seine neugewonnene Stellung als Staatspräsident konsolidiert hatte, schon bald einer fundamentalistischen Herausforderung im eigenen Land entgegentreten müssen, was ihm mit nicht jedermann immer akzeptabel erscheinenden Mitteln schließlich auch gelang; er hatte sich dann später jedoch, als es um die Bekämpfung des ausländisch inspirierten Al-Qaida Terrorismus auf der Sinai Halbinsel ging, als ebenso resolut erwiesen.

Gleichzeitig übernahm er aber keine, wohl besonders von den USA gewünschte, Vorreiterrolle in der Region, was die Einleitung demokratischer Reformen im Innern seines Landes anging. Sein Vorgänger Anwar As-Sadat hatte diese Vorreiterrolle ja mit Blick auf den von ihm eingeleiteten Camp David-Friedensprozess noch eingenommen. Mubarak tat dies nicht, obwohl er dann schließlich doch noch rechtzeitig vor einem drohenden Zerwürfnisses mit den Vereinigten Staaten der Einleitung eines moderaten demokratischen Reformprozesses in seinem Land zugestimmt und sich selbst bzw. seine Regierungspartei unter der politischen Führung seines Sohnes Gamal an die Spitze dieses Prozesses gesetzt hatte.

Es ist ihm also im Großen und Ganzen erfolgreich gelungen sein Land politisch vom internen Terrorismus zu befreien bzw. vom externen Terrorismus weitestgehend zu verschonen und doch gleichzeitig den Weg der Aussöhnung, sowohl mit seinen Arabischen Nachbarn,

als auch mit Israel voranzubringen. Zwar gelang die Aussöhnung mit den Arabischen Nachbarstaaten, versinnbildlicht durch die Rückkehr des Sitzes der Arabischen Liga nach Kairo schneller und umfassender als die Verständigung mit Israel über einen für alle Beteiligten akzeptablen Frieden; trotzdem hat sich Ägypten unter seiner Führung gerade Israel gegenüber bis heute zwar als nicht immer einfacher, generell aber als verlässlicher Partner in der Suche nach einem politischen Kompromiss erwiesen. Dies kann man allein schon daran erkennen, dass heute selbst der israelische Ministerpräsident Olmert sogar in der in Ägypten in den vergangenen Monaten neu einsetzenden Debatte um eine friedliche Nutzung der Kernenergie in Ägypten, kein Sicherheitsrisiko mehr für Israel mehr zu erkennen vermag. All dies lässt hoffen, dass auf dieser „vertrauensvollen“ Basis auch die Roadmap weiterhin eine Zukunft hat und dass es Ägypten dann vielleicht doch noch gelingen wird, den Palästinensern das von Anwar As-Sadat gegebene „Versprechen von Camp David“, was die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes in einem eigenen Staat angeht, wahr werden zu lassen.

### **Hoffnung auf Frieden und wirtschaftliche Prosperität**

Ob dies zu erleben allerdings dem ägyptischen Jubilar noch beschieden sein wird, muss solange als eher unwahrscheinlich gelten, wie sich nicht auch die zahlreichen anderen am Konflikt beteiligten Parteien in den nächsten Wochen und Monaten politisch „bewegen“ bzw. ihren Beitrag zu einem Gelingen dieses Friedensbemühens beitragen werden. Die noch verbleibende Amtszeit einiger wichtiger Akteure in diesem Konflikt, wie etwa des amerikanischen Präsidenten, bietet in Verbindung mit dem gerade erst neu errungenen Mandat des ägyptischen Präsidenten ganz offensichtlich eine letzte Gelegenheit, mit den, dem aktuellen Roadmap-Prozess noch verpflichteten Akteuren, einen neuerlichen außenpolitischen Durchbruch zu versuchen.

Nicht zuletzt zu diesem Zweck hatten sich die diplomatischen Anstrengungen des „Quartetts“ in den letzten Wochen des vergangenen Jahres intensiviert. Sollte es nämlich nicht gelingen in diesem letzten „Zeitfenster“ in der Region Frieden zu stiften, wird diese Aufgabe dann wohl doch einer neuen Generation von politischen Führern übertragen werden (müssen), von denen man, sowohl in den Vereinigten Staaten, als mittelfristig wohl auch in Ägypten noch nicht genau weiß, wie diese aussehen könnte und ob die sie tragenden Akteure die gleiche Friedensbereitschaft an den Tag legen werden, wie die derzeit politisch Handelnden. All diese Überlegungen verdeutlichen die Notwendigkeit, sich auch der Frage der politischen Zukunft der politischen Machtelite und der daraus möglicherweise erwachsenen innenpolitische Risiken in Ägypten zuzuwenden. Solange es nämlich als ungewiss gelten muss, auf welchem Wege der mittelfristig sicherlich unumgehbare politische Machtübergang in Ägypten erreicht bzw. organisiert werden kann bzw. soll, solange bleibt auch die Hoffnung auf eine dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten höchst unsicher. Folgt man weiterhin der Prämisse Henry Kissingers, die besagt, dass es im Nahen Osten keinen Krieg ohne Ägypten aber keinen Frieden ohne Syrien geben kann, so mag der bisherige Verlauf des Irakkonflikts ein Übriges dazu tun, damit sich die moderaten (sunnitischen) Staaten, allen voran Saudi Arabien, Jordanien und Ägypten, jetzt dazu durchringen gemeinsam einen Friedenskompromiss mit Israel durchzusetzen, um wenigstens dem erstarkenden Einfluss radikaler (von schiitisch Kräften geführten) Staaten wie dem Iran, Syrien, Irak und vielleicht bald auch dem Libanon entgegenzutreten.

Die Unsicherheiten bezüglich der politischen Zukunft Ägyptens haben nach dem überraschenden Wahlsieg der Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen sowie dem gleichermaßen überraschenden Wahlerfolg der Vertreter der ägyptischen Muslimbrüder bei den ägyptischen Parlamentswahlen wohl eher noch zugenommen. Auch wenn im Falle Ägyptens durchaus verfassungsgemäße Verfahren existieren, die -wenn auch umstritten- bereits heute einen Eindruck vom (technischen) Ablauf eines solchen Machtwechsels vermitteln können, so können sie die Frage nach den dann an diesem Prozess möglicherweise beteiligten Prota-

gonisten nicht klären. Diese Unsicherheit bezüglich der möglichen Zusammensetzung der zukünftigen politischen Führungselite und damit der politischen Ausrichtung Ägyptens lässt dabei schon heute, wie einige politische Beobachter unterstellen, nicht nur das politische Leben bzw. Handeln, sondern auch das wirtschaftliche Agieren bzw. das investive Engagement der Privatwirtschaft in Ägypten nahezu „erstarren“.

### **Wirtschaftliche Auswirkungen sicherheitspolitischer Probleme**

In den vergangenen Monaten konnte mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden, dass sich in der MENA Region, als Ergebnis der dort schrittweise eingeleiteten Liberalisierung der Wirtschaft, sowie der verstärkten Privatisierung von Staatsunternehmen, langsam aber stetig eine Privatwirtschaft etabliert, die nur noch mittelbar von staatlichem Handeln abhängig ist und sich nicht mehr in dem bekannten Maße an politischen Entwicklungen orientiert. Man muss sich dabei der Tatsache bewusst bleiben, dass jede politische Positionsbestimmung eines Politikers, wie jede inländische wie ausländische Investitionsentscheidung und damit jede Entscheidung eines Privatinvestors oder einer Bank sich investiv in Ägypten zu engagieren, das heißt sein Privatvermögen einzusetzen bzw. ein Kredit (ausfall-)risiko einzugehen, von einer ungeklärten zukünftigen politischen Entwicklung in jedem Falle negativ beeinflusst wird. Aus diesem Grund sollte es sowohl aus (innen-) politischen Überlegungen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht nur das Ziel Ägyptens bleiben, möglichst bald schon mehr Licht in die Frage der zukünftigen Zusammensetzung der politischen Führungsspitze des Landes und damit nicht zuletzt auch der zu erwartenden zukünftigen Wirtschaftspolitik zu bringen. Bekundungen der ägyptischen Führung den aktuellen Liberalisierungsprozess sowohl auf politischer Ebene, als vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet in transparenter Weise fortsetzen zu wollen, kann die politischen Verbündeten und die potentiellen (ausländischen) Investoren immer weniger beruhigen. Aus der Erfahrung mit anderen politisch bedeutenden Schwellenländern weiß man, dass nur wenn sich jeder Investor eine realistische Vorstellung von der zukünftigen politischen Entwicklung eines Landes machen kann, er den wirtschaftlichen Beitrag leisten wird, den sich die ägyptische Regierung sowohl von ihrem eigenen, vitalisierten Privatsektor, als gleichzeitig auch von den ausländischen Investoren zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im eigenen Land zu Recht erhofft.

### **Politische Instabilität und Terrorismus bleibt entscheidendes Investitionshindernis**

Es liegt auf der Hand, dass die existierenden und immer wieder neu aufflammenden regionalen Konflikte auch in den kommenden Monaten Auswirkungen sowohl auf die europäischen Interessen in dieser Region, als natürlich auch auf das politische Handeln in Ägypten selbst haben werden. Das Europäische Sicherheitsinteresse muss dabei zur Kenntnis nehmen, dass die Nahostregion weiterhin als „sehr blutige“ Weltregion zu gelten hat und dass die Europäische Union weiterhin aufgefordert bleibt, als aktiver Akteur in der Region ihre Bemühungen für Frieden und Sicherheit in der Region schon aus wohlverstandenen Eigeninteresse nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern angesichts der beschriebenen Umstände sogar wenn möglich noch zu verstärken. Wie gefährdet letztlich auch die Europäischen Staaten bei einer ausbleibenden Lösung bzw. bei fehlenden Fortschritten in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region sind, haben in den letzten Jahren die Attentate in Madrid und London und die Attentatsversuche in anderen europäischen Mitgliedstaaten, für die Terroristen aus dem großräumigen Nahen und Mittleren Osten wohl zurecht verantwortlich gemacht wurden, unter Beweis gestellt. Auch wenn die Länder dieser Region nicht nur als „Exporteure“ von Gewalt und Terrorismus erscheinen, sondern auch selbst Opfer der Gewalt werden, wie die terroristischen Anschläge in Jordanien und nicht zuletzt auch in Ägypten vor allem im Verlauf des Jahres 2005 gezeigt haben, wird die Region solange nicht zur Ruhe kommen, wie die verschiedenen Konfliktherde einer Befriedung näher gebracht worden sind. Und so-

lange diese Region nicht zur Ruhe kommt, wird auch der Migrationsdruck auf Europa aus dieser südlichen Nachbarregion Europas weiter wachsen, wobei dann vor allem der Anstieg der illegalen Einwanderungsversuche wachsende Sorgen bereiten wird.

Dass es auch in Zukunft, trotz der durchaus als „gemeinsam“ begriffenen Risiken für Europa und die südliche Nachbarregion, die aus dem Andauern des internationalen Terrorismus und dem Migrationsdruck erwachsen, Aufgabe bleibt zur Intensivierung des Dialogs politisch Handelnder beizutragen, zeigt der Umstand, dass ein gemeinsames Verständnis von den daraus resultierenden Herausforderungen an die jeweilige Politik bis heute noch unterentwickelt geblieben ist. Dies wurde zuletzt bei den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der euro-mediterranen Partnerschaft mit einer zu dem Anlass verabschiedeten, stark verwässerten Übereinkunft über einen Verhaltenskodex gegenüber Terrorismus sichtbar. Auch Erfolg versprechende Vereinbarungen zur Unterbindung unregelter Einwanderung lassen noch auf sich warten. Währenddessen fühlen sich manche Länder Nordafrikas selbst bei geregelten Einwanderungsprozessen wohl zurecht immer stärker vom „Brain-Drain“ bedroht. Immer mehr junge, gut ausgebildete Absolventen der immer zahlreicher werdenden privaten Universitäten in der Arabischen Welt sehen in ihren politisch autoritären und wirtschaftlich zurückbleibenden Ländern, keine Zukunft mehr für sich und drängen deshalb vornehmlich nach Europa. Dort könnten sie sogar schon in naher Zukunft die Lücken schließen, welche die dortige demographischen Entwicklungen im Bereich gut ausgebildeter Hochschulabsolventen möglicherweise eröffnen werden. Während Europa sich verständlicherweise gegen eine Immigration in die eigenen Sozialsysteme immer stärker abschottet, wird es gegen eine Einwanderung gut ausgebildeter, arbeitswilliger Akademiker aus Nordafrika sicher immer weniger einzuwenden geben. All dies mag unsere arabischen Partner zunehmend betrüben weshalb der Prozess der weiteren Vertiefung der Partnerschaft entsprechend stockend verläuft. Es ist zweifellos richtig zu betonen, dass gerade in dieser Weltregion noch stärker als in anderen gilt, dass nicht nur durch die geographische Nähe sondern auch durch die fortschreitende Globalisierung politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit immer stärker Hand in Hand gehen werden. Nur wenn man sich auch wirtschaftlich Nutzen von einem, sich in der Globalisierung behauptenden Land versprechen kann, wird die Entwicklungszusammenarbeit den Stellenwert behalten, den sie bis in die jüngste Vergangenheit noch innehatte. Sollte ein Empfängerland wie Ägypten jedoch aufgrund innerer Probleme bzw. instabiler politischer Verhältnisse drohen, im politischen Chaos zu versinken, wie sich dies in den palästinensischen Gebieten ja schon vollzogen hat, wird es auch immer weniger wirtschaftliche Anknüpfungspunkte geben, einem solchen Land bei der Bewältigung seiner politischen und vor allem wirtschaftlichen Probleme noch weiter (finanziell) zur Seite zu stehen.

Es besteht nämlich -wie das Beispiel Palästina hinreichend deutlich gemacht haben sollte- durchaus keine Verpflichtung für europäische Geberstaaten mit politischen Regimes zusammenzuarbeiten bzw. gerade solche finanziell (weiter) zu unterstützen, die sich der politischen und sozio-ökonomischen Verantwortung ihren Bürgern gegenüber entziehen um rücksichtslos ihre ideologischen bzw. theologischen Grundüberzeugungen unter weitgehender Missachtung gleichzeitig dort lebender Minderheiten jedweder Couleur durchzusetzen. Je eher dies in manchen politischen Gruppierungen in der Region verstanden und auch danach gehandelt wird, je hoffnungsvoller könnte sich eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen Europa und der Arabischen Welt gestalten bzw. entwickeln. Das einige Arabische Staaten schon wieder mit dem neuen „chinesischen Entwicklungsmodell“ zu sympathisieren beginnen, lässt allerdings nur wenig Hoffnung aufkommen.

Die Überzeugung, dass nur ein freier, selbstbestimmter Bürger in einer freiheitlichen und sozialen Gemeinschaft zum Nutzen aller wirtschaftlich erfolgreich agieren und damit den Fortschritt der gesamten Gesellschaft fördern kann, wird in der Arabischen Welt trotz der Veröffentlichung zahlreicher „Arab Human Development Reports“ immer noch von viel zu wenigen politisch Verantwortlichen geteilt.

## **Ägyptens Verfassungsreformen auf gutem Weg ?**

Nach lang andauernden Spekulationen um die Änderung der ägyptischen Verfassung hat Präsident Hosni Mubarak dem Parlament und dem Shura-Rat am 26. Dezember 2006 seine diesbezüglichen Reformvorschläge übermittelt. Nachdem der Verfassungsausschuss des Parlaments nach Sitzungen am 6. und 8. Januar dem Parlament eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt hat, begann eine ausführliche parlamentarische Erörterung der Vorschläge des Präsidenten. Diese sollen binnen zwei Monaten zum Abschluss gebracht werden und in einen endgültigen Entwurf münden, der den ägyptischen Bürgern dann wohl im April 2007 im Rahmen eines Referendums zur Abstimmung vorgelegt werden wird.

In seiner Rede vor den beiden Kammern des ägyptischen Parlaments stellte Präsident Mubarak insgesamt 34 Verfassungsänderungen vor, nicht ohne zu unterstreichen, dass es sich hierbei seiner Meinung nach um die weitreichendste Reform der ägyptischen Verfassung seit der Verfassungsänderung im Jahre 1980 handle.

### **Ziele der ägyptischen Verfassungsreformvorschläge**

Im Mittelpunkt der angestrebten Verfassungsreform stehen dabei fünf Zielsetzungen:

Als vielleicht wichtigstes generelles Ziel verweist der Präsident auf die Intention mit diesen Verfassungsänderungen die Staatsbürgerrechte zu stärken und damit eine stärkere Trennung von Religion und Staat zu erreichen. Begründet wird dieser Schritt vor allem mit der Sorge um den nationalen Zusammenhalt der verschiedenen Volksgruppen in Ägypten und insbesondere um das auch zukünftig friedliche Zusammenleben von Muslimen und Kopten im Land. Angesichts einer wachsenden Islamisierung des Denkens und Handelns einer wachsenden Minderheit der ägyptischen Muslime, droht der konfessionelle Konflikt in Ägypten wieder an Schärfe zu gewinnen, was den Präsidenten offensichtlich besorgt und deshalb dazu veranlasst, nicht nur die Bürgerechte zu stärken, sondern vor allem auch das bestehende Verbot der Gründung politischer Parteien, die sich auf Religion, Geschlecht oder Abstammung begründen (Artikel 5 der ägyptischen Verfassung) noch ausdrücklicher zu verbieten.

Ebenso im Vordergrund des Reformbemühens des Präsidenten steht die Neujustierung des Kräfteverhältnisses zwischen den verschiedenen Trägern der Staatsgewalt. Ziel sei nun die Herstellung einer „ausgewogeneren“ Verteilung der Kompetenzen. Aus diesem Grunde sollen das Parlament und der Shura-Rat in Zukunft mehr (legislative) Kompetenzen erhalten, während die Rechte und Zuständigkeiten des Präsidenten an Reichweite verlieren sollen. So erhalte als Ergebnis der Reform das ägyptische Parlament zukünftig etwa das Recht, ohne Anstrengung eines Referendums, der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Ebenfalls vorgesehen ist es dem Parlament Modifikationen am Haushaltsentwurf zu erlauben.

Ein weiterer wichtiger Reformaspekt betrifft das ägyptische Wahlsystem, dass es politischen Parteien in Zukunft erleichtern soll, am politischen Willensbildungsprozess im Land teilzunehmen. Ziel sei es, so Mubarak, durch Einführung eines Verhältniswahlrechts, die Rolle der politischen Parteien als Ort des politischen Agierens im Land zu stärken und dabei gleichzeitig die Kandidatur von populären „Mavericks“ ohne Parteienbindung oder gar Dissidenten der eigenen Partei in Zukunft zu unterbinden. Konkrete Regelungen des Wahlrechts bleiben zwar einem speziellen Gesetz vorbehalten, sie werden aber nicht mehr in der Verfassung festgeschrieben bzw. behalten also keinen Verfassungsrang mehr.

Es ist jetzt zudem vorgesehen, die Möglichkeiten legalisierter politischer Parteien, Kandidaten für die Wahl des Präsidenten aufzustellen, zu verbessern and damit die erst jüngst verabschiedeten restriktiven Regelungen zu erleichtern. In Anbetracht der erschreckend niedrigen Anzahl erfolgreicher weiblicher Parlamentskandidaten bei den letzten Parlamentswahlen soll jetzt zur Stärkung der Präsenz von Frauen im Parlament eine Frauenquote festgeschrieben werden. Dadurch verspricht man sich sowohl eine größere Bereitschaft der politischen Parteien, Frauen als Kandidatinnen bei Wahlen zu nominieren bzw. ihnen entsprechend heraus-

gehobene Listenplätze anzudienen, wie wohl auch eine wachsende Gewöhnung wenn nicht sogar Bereitschaft der ägyptischen Wähler, sich dann doch auch für eine Kandidatin zu entscheiden.

In Zukunft will man auch die Möglichkeiten der Verfassung zur Bekämpfung des Terrorismus besser ausnutzen. Den mit der andauernden Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands verbundenen „präsidentiellen“ Spielraum will Mubarak, entsprechend seinen Ankündigungen aus dem Jahr 2005, reduzieren und durch eine entsprechende Gesetzgebung (Anti-Terror-Gesetz) ersetzen. Auf diesem Wege sollen die Einschränkungen der Grundrechte auf Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung und des Briefgeheimnisses im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung in gesetzlichen Regeln festgeschrieben und damit für jedermann juristisch überprüfbar gemacht werden.

Als letztes, aber nicht unwichtigstes Kapitel, sollen zahlreiche „sozialistische Altlasten“, die sich noch aus der Verfassung von 1960 bis in die heutige Verfassung herübergerettet haben, endgültig eliminiert werden. Mit der Änderung von mindestens 10 solcher Verfassungsartikeln soll die reformierte ägyptische Verfassung den inzwischen längst eingeleiteten, wenn nicht in großen Teilen schon vollzogenen Wandel der ägyptischen „sozialistischen“ Gesellschaft zu einer freiheitlichen, liberaleren und sozialen Marktwirtschaft angepasst werden.

### **Verhaltene bis ablehnende Reaktionen der politischen Opposition**

Die Reaktionen auf die verkündeten Vorschläge sind höchst unterschiedlich. Während Mubaraks NDP-Fraktion im Parlament die Reformvorschläge als eine historische Initiative lobte und ihre vollste Unterstützung zusicherte, gab es lauten Widerspruch bei den Muslimbrüdern, bezüglich der Festschreibung eines Verbots von Parteien, die auf religiösen Überzeugungen basieren. Die Absicht eines solchen Vorschlags sei klar; man wolle die Abgeordneten der Muslimbrüder, die mit ihren 88 Mandaten seit der Wahl 2005 oder ungefähr 20 Prozent der Sitze im Parlament, die zweitstärkste Kraft darstellten, aus dem politischen bzw. parlamentarischen Leben Ägyptens verbannen und ein weiteres Wachsen ihres Einflusses verhindern. Die Vertreter der ägyptischen Muslimbrüder sind in der Vergangenheit nämlich jeweils als „unabhängige“ Kandidaten in das Parlament gewählt worden und haben sich dann anschließend zu einer parlamentarischen Gruppe zusammengeschlossen. Kandidaturen von Unabhängigen sollen nach den Vorstellungen des Präsidenten zukünftig aber nicht mehr möglich sein, wodurch man einerseits die Muslimbrüder vom politischen bzw. parlamentarischen Prozess im Land gänzlich ausschließen und andererseits peinliche Wahlsiege von Dissidenten aus den eigenen Reihen, wie sie die beiden letzten Parlamentswahlen bestimmt haben, verhindern kann.

In direktem Zusammenhang hiermit stünden -so die Kritik der Muslimbrüder- auch die neuerlichen Änderungen der Artikel, die die Präsidentschaftswahlen regeln. Geht es nach dem ägyptischen Präsidenten, soll in Zukunft die Möglichkeit Kandidaten ins Rennen um das Amt des Präsidenten zu schicken zwar erleichtert, aber zumindest auf lizenzierte politische Parteien beschränkt bleiben. Da den Muslimbrüdern aber die Legalisierung als politische Partei mit religiöser Basis gleichzeitig verfassungsrechtlich unmöglich gemacht werden soll, ist ihnen damit die Grundlage entzogen, weder eine legitime politische Partei zu gründen noch einen Präsidentschaftskandidaten zu nominieren. Damit wäre der Ausschluss der Muslimbrüder aus dem politischen Prozess komplett und die Organisation sähe sich gezwungen über Wahlbündnisse mit anderen, lizenzierten Parteien nachzudenken.

Umstritten ist auch die Änderung des Artikels 88, wonach die ägyptischen Richter nicht mehr vollverantwortlich die Überwachung der Wahlen übernehmen sollen. Kritiker befürchten, dass durch diese Maßnahme Wahlfälschungen vereinfacht werden. Aufgrund der wachsenden Anzahl von Wählern und der deshalb steigenden Anzahl von zu überwachenden Wahllokalen verbunden mit der neuerlichen verfassungsrechtlichen Vorgabe, die Wahlen

nicht an drei aufeinanderfolgenden Terminen sondern an einem einzigen Tag durchzuführen, hält die Regierung es nicht mehr für durchführbar alle Wahllokale von Richtern verwalten zu lassen. Stattdessen soll diese Aufgabe, einem „unabhängigen“ Komitee übertragen werden. Die gerichtliche Aufsicht und die mehrtägige Durchführung der Wahlen, war zwar erst vor wenigen Jahren auf Anordnung des Obersten Verfassungsgerichts in Kraft gesetzt worden, hatte sich in der Praxis aber als sehr fragwürdig erwiesen, zumal es die Gelegenheit, bot den Wahlprozess in Anbetracht eingehender erster Wahlergebnisse zu manipulieren.

Bei den Verfassungsänderungen, die die Kompetenzen des Präsidenten betreffen, herrscht vor allem in den Reihen der Opposition Einigkeit über die Sinnhaftigkeit dieser Regelungen. Das sie überhaupt den Weg in das Reformvorhaben des amtierenden Präsidenten gefunden haben, hängt mit dem Umstand zusammen, dass es einem Nachfolger sicher schwer fallen würde, die Machtfülle, die der Verfassungsbedingte Status quo dem Präsidenten einräumt adäquat einzusetzen. Man erachtet also jedweden Nachfolger als nicht ausreichend vorbereitet in die „zu großen Schuhe seines Vorgängers zu treten“, was viele sogar als ein hilfreiches Argument ansehen, dem Sohn des Präsidenten die Nachfolge eher zu gestatten, als unter den gegenwärtigen Bedingungen. Kritische Stimmen glauben deshalb, dass diese Modifikationen allein dazu dienen dem Parlament bzw. den Politikern eine Nachfolge durch Gamal Mubarak schmackhaft(er) zu machen.

Doch nicht nur die 34 schließlich eingebrachten Änderungsanträge zur Verfassung sorgten für Diskussionsstoff; auch die von einigen erwarteten dann aber doch nicht vorgeschlagenen Verfassungsänderungen wurden von Kritikern zum Anlass genommen, den Gesamtentwurf zu verurteilen. Nicht vorgelegt wurde schließlich die allseits erwartete Amtszeitbegrenzung von der sich viele die Unterbindung einer monarchischen Verbrämung des republikanischen Systems versprochen hatten. Nachdem der Präsident bislang beliebig oft wieder gewählt werden konnte, war es dem Amtsinhaber schließlich gelungen 5 Amtszeiten zu regieren, dies sollte in Zukunft unmöglich gemacht werden. Als Gegenargument brachte das ägyptische Präsidialamt das Argument in die Debatte ein, es solle allein der Wille des Volkes sein zu entscheiden, wer wie lange das höchste Amt im Staat innehaben solle. Keine Verfassungsbestimmung sollte dem Volk dieses Recht beschneiden bzw. es reglementieren.

Ein weiterer Vorschlag zur notwendigen Ernennung eines Vizepräsidenten fand ebenfalls keinen Eingang in die Reformvorschläge. Neben verfassungsrechtlichen Bedenken nährte dieser Umstand einmal mehr die Spekulation, die Familie Mubarak plane eine familieninterne Lösung des politischen Machtübergangs, der durch einen Vizepräsidenten in Zweifel konterkariert oder sogar verhindert werden könnte.

Insgesamt zweifeln viele an der wirksamen Beschränkung der Kompetenzen des Präsidenten. So würden von den insgesamt 35 Verfassungsartikeln, die sich auf das Organ der Präsidentschaft beziehen, gerade einmal zwei angetastet. Darüber hinaus habe der Präsident sich zahlreiche Hintertüren offen gelassen, in bestimmten politischen Konstellationen seine Macht zu konservieren. So lasse zum Beispiel der Artikel 108 auch in Zukunft reichlich Spielraum für die exklusive legislative Gestaltung durch den Präsidenten. Vielen Oppositionellen gehen die vorgelegten Reformvorschläge deshalb nicht weit genug. Einigkeit herrschte unter den Oppositionellen Kräften eigentlich nur darüber, dass man sich mit der Einschränkung der Allmacht des Präsidenten auf dem richtigen Weg befindet.

Für alle politischen Beobachter offensichtlich dienen die jetzt angestrebten Änderungen der ägyptischen Verfassung vor allem dazu, den politischen Einfluss der Moslembrüder, zumindest im offiziellen, parlamentarischen politischen Prozess möglichst weitgehend zu beschränken.

### **Mubaraks Warnung vor den Muslimbrüdern**

Während Präsident Mubarak in seiner Ansprache an das Parlament noch allgemein von der Stärkung des staatsbürgerlichen Konzepts als Fundament der politischen Ordnung Ägyptens und dem Bestreben sprach, alle politische Parteien zu verbieten, die nur Teile der Gesellschaft exklusiv repräsentieren wollen, wurde er in einem Interview, dass er Anfang Januar einer ausländischen Tageszeitung gab deutlicher. In diesem Interview beschrieb er ein Szenario nach einer Machtergreifung durch fanatische religiöse Fundamentalisten (Muslimbrüder). Er beschrieb ein sich isolierendes Ägypten, das alle Nicht-Muslime diskriminiert, das Investitionsklima verschlechtert und ausländische Direktinvestitionen maßregeln würde. Die Folge wäre ein Ausbleiben (ausländischer) Investitionen, ein sich verringernder Tourismus, sinkende Staats- bzw. Deviseneinnahmen und als Ergebnis ein erneutes Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Die Moslembrüder wehrten sich natürlich gegen ein solches Szenario und bewerteten es als reine Propaganda des Regimes gegen sich und als Versuch des Präsidenten mit aller Gewalt zu versuchen, seine Macht zu erhalten und die Übergabe derselben an seinen Sohn Gamal Mubarak vorzubereiten. Die unterstellten Absichten ein islamistisches Regime einzurichten wiesen sie genauso weit von sich wie sie betonten auch weiterhin für die Beibehaltung eines weltlichen Staates einzustehen. Die Forderung, diesen aber auf die islamische Shari'a auszurichten erscheint vielen Kritikern jedoch verdächtig und damit die ganze Argumentation der Muslimbrüder wenig vertrauenserweckend.

Um den möglichen öffentlichen Protest gegen die vorgelegten Verfassungsänderung möglichst gering zu halten, wurden nach Angaben führender Muslimbrüder in der jüngsten Zeit über 100 Mitglieder in Haft genommen worden. Experten bezweifeln allerdings, dass es mit den geplanten Maßnahmen dauerhaft gelingen wird, den weiteren Anstieg der Popularität der Muslimbruderschaft zu verhindern, sollte es zur Umsetzung der Reform kommen. Die Muslimbrüder gelten als in der Bevölkerung tief verwurzelt wobei sie die dominierende Kraft im vorpolitischen Raum bleiben wird. Entscheidend wird also eher die Frage sein, ob die Ausweitung der Rechte der anderen Parteien ausreicht, einen erfolgversprechenden politischen Wettbewerb jenseits der Bruderschaft, zwischen der Regierungspartei und den säkularen Oppositionskräften zu etablieren und auf diesem Wege eine demokratische Streitkultur aufzubauen. Diese zu erreichen erscheint nämlich geboten, wenn die Möglichkeit einer Übernahme der Macht durch die Moslembrüder auf demokratischem Wege abgewendet werden soll. An den Maßstäben westlicher Verfassungen lässt sich der Prozess sowieso nicht messen. Zu oft und zu beliebig ist die ägyptische Verfassung Änderungen unterworfen worden und es wird sich zeigen, von welcher Nachhaltigkeit die jetzt geplanten und wohl im April im Rahmen eines Referendum verabschiedeten Verfassungsreformen gekennzeichnet sein werden.

## Eine neue Energiepolitik für Ägypten

Am 1. Dezember 2006 kostet ein Liter Benzin in Kairo umgerechnet etwas mehr als 17 Eurocent (1,30 Ägyptische Pfund). Ein Liter Diesel ist für knapp 10 Eurocent zu tanken. Zum gleichen Zeitpunkt musste der deutsche Kunde an den Tankstellen im Durchschnitt rund 1,21 Euro pro Liter Benzin und 1,08 Euro pro Liter Diesel bezahlen. Herrschen in Ägypten also paradiesische Zustände oder ist die Situation vielmehr eine ökologische und wirtschaftspolitische Katastrophe?

Vergleichbar werden die Zahlen, wenn man nachrechnet zu welchem Preis pro Barrel Kraftstoffe an den ägyptischen Tankstellen abgegeben werden. Knapp 16 Euro werden dann für Diesel und gut 27 Euro für Benzin erlost. Alternativ könnte Ägypten sein Rohöl als Rohstoff aber für gut 47 Euro (62 Dollar) auf dem Weltmarkt verkaufen. Eine solche Möglichkeit muss vor dem Hintergrund von real existierenden Opportunitätskosten erlaubt sein, entschied der ägyptische Energieminister und kündigte seinen Kabinettskollegen, die ihren Ministerien gewährten Kreditlinien für Strom und Gas. Seitdem gibt es nicht nur Streit im Kabinett sondern auch erste fruchtbare Diskussionen über die Subventionspolitik der ägyptischen Regierung vor allem auch was den Energiesektor betrifft.

Einen Eindruck vom Umfang der ägyptischen Subventionen gewährt einmal mehr ein Blick auf die deutschen Nettoenergiepreise. Diese betragen 36 Eurocent für Benzin und 44 Eurocent für Diesel. Alles in allem kann die Situation wohl als wenig nachhaltig hinsichtlich ökonomischer und ökologischer Ziele bezeichnet werden, denn sie fördert den Überkonsum eines Rohstoffs, der auch in Ägypten schon sehr bald keine reichhaltige Ressource mehr sein wird. Darüber hinaus werden unnötige Anreize zur übermäßigen Belastung der Umwelt geschaffen und dabei nicht als externe Kosten internalisiert, sondern dem Bürger trotz vorhandenem Umweltministerium und entsprechender Gesetze weitestgehend unkontrolliert zugemutet.

	Preis in Ägypten pro l	Bruttopreis in D pro l	Nettopreis in D pro l	Preis für Rohöl je Barrel
Benzin	0,17	1,21	0,36	47,34
Diesel	0,10	1,08	0,44	

Stand 1. Dezember 2006. Der Ägyptische ist der an den Tankstellen gültige Einheitspreis. Der Deutsche der durch den ADAC ermittelte Durchschnittspreis an den deutschen Tankstellen. Alle Preise sind in Euro.

Ägypten verfügt heute noch über nachgewiesene Ölreserven in Höhe von etwa 3,7 Mrd. Barrel und hat damit einen Anteil von etwa einem Prozent an den weltweiten Ölvorkommen. Der täglichen Fördermenge von ca. 700.000 Barrel steht eine lokale Nachfrage von ca. 600.000 Barrel gegenüber. Damit ist Ägypten momentan noch in der Lage sich selbst mit Öl zu versorgen und die verbleibende Menge von ungefähr 100.000 Barrel gegen Devisen zu exportieren. Doch das wird sich schon bald ändern. Bei einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von ca. 6% und einem Bevölkerungswachstum von ca. 2% pro Jahr steigt der Ölbedarf nach jüngsten, internen Schätzungen jährlich um ca. 3%. Berücksichtigt man die Tatsache, dass in Ägypten kaum noch neue Ölvorkommen entdeckt werden und die real geförderte Menge Öl stetig abnimmt, so ist absehbar dass in Zukunft immer weniger Öl für den Export zur Verfügung stehen wird. Experten schätzen, dass Ägypten zwischen 2007 und 2010 zum Nettoimporteur von Öl werden wird. Das wird weitreichende Konsequenzen für den ägyptischen Staatshaushalt haben, wenn nicht umgehend gegengesteuert wird. Neben den Durchfahrtsentgelten des Suez-Kanals, dem Tourismus, der Übertragung von Einkommen der im Ausland arbeitenden Ägypter und den Einnahmen aus der Entwicklungszusammenarbeit war der Export von Erdöl bislang eine der fünf Säulen der Devisenbeschaffung und stabilisierte die Aktivseite der ägyptischen Außenhandelsbilanz. Trotz sinkender Exportmengen konnte der Exportwert durch den in den letzten Jahren gestiegenen Ölpreis längere Zeit noch konstant gehalten werden, der jüngste Preisverfall muss jedoch als Vorbote für eine schwierige energiepolitische Durststrecke gelten.

### **Wenn das eigene Erdöl zu Ende geht .....**

Es ist jetzt nämlich davon auszugehen, dass die Außenhandelsbilanz schon bald durch wachsende Importe des Rohstoffs belastet werden wird. Die Regierung hat die Problematik erkannt und zeigt sich jetzt bestrebt, die exorbitant hohen Energiesubventionen herunterzufahren, die bei einem vermehrten Import von Öl in Zukunft dann tatsächlich als reale Ausgaben und nicht mehr nur als Opportunitätskosten anfallen würden. Allein in diesem Jahr wurde der Benzinpreis bereits um 30% erhöht.

Ungewiss bleibt allerdings das Ausmaß der Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Sollte es tatsächlich gelingen die Subventionen schnellstmöglich abzubauen und auf diesem Wege die drohende Belastung des Staatshaushaltes abzuwehren, müsste die Wirtschaft trotzdem mit wesentlich höheren Energiekosten kalkulieren. Dies wirkt preissteigernd und schwächt damit die Position ägyptischer Produzenten am Weltmarkt. Von großer Bedeutung sind damit einhergehend natürlich die sozialen Kosten solcher Preissteigerungen von Energie. Gerade arme Bevölkerungsschichten werden durch steigende Energie- und Transportkosten betroffen und der Benzinpreis ist auch in Ägypten ein „politischer Preis“. Deshalb sind alle Schritte zur Reduzierung der Energiesubventionen eine politisch sehr sensible Angelegenheit, die die innenpolitische Stabilität des Landes berühren könnte. Ein Umsteuern in der Energiepolitik braucht daher Augenmass und politisches Gefühl. Auf jeden fall wird eine energiepolitische Wende mehr Zeit benötigen, als momentan nach realistischen Einschätzungen zur Verfügung steht, ohne dass die Haushaltssituation des Landes gefährdet würde. Wenn man die oben begonnen Rechnung weiterführt, lässt sich der Zeitpunkt, an dem die Ölreserven vollkommen erschöpft sein werden recht realistisch vorhersagen. Auch verbesserte Fördertechnik und neue Funde von Öl vor der Küste, wie z.B. das Saqqara-Feld, der jüngste Fund von BP aus dem Jahr 2003, werden den generellen Trend nicht wirksam umkehren können. Wird etwa die aktuelle Fördermenge als konstant angenommen wären die bisher bekannten Reserven im Jahr 2020 vollständig aufgebraucht. Neben den geschilderten Problemen, würde Ägypten dann noch ihre einzige strategische Energiereserve verlieren.

### **Erdgas als Ausweg ?**

Um die Auswirkungen einer potentiellen Abhängigkeit von importiertem Erdöl zu beschränken, hat Ägypten erste notwendig erscheinende Schritte unternommen, den Erdölverbrauch zu senken indem es auf seine zweite energiepolitische Ressource zurückzugreifen beginnt: Erdgas. Erdgas ist in Ägypten noch reichhaltig vorhanden. In den frühen 90er Jahren begannen die Ölkonzerne mit der Exploration der Erdgasvorkommen in Ägypten. Bis heute sind 1,87 Billionen m<sup>3</sup> nachgewiesen. Das ist gut 1% aller auf der Welt nachgewiesenen Vorkommen. Nach Schätzungen werden insgesamt zwischen 3,40 bis und 3,96 Billionen m<sup>3</sup> vermutet. Die Förderung von Erdgas hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Nach 45,3 Millionen m<sup>3</sup> pro Tag im Jahr 1999 soll in diesem Jahr eine durchschnittliche Förderrate von mehr als 150 Millionen m<sup>3</sup> erreicht werden. Der Konsum von Erdgas folgt der Produktion in gleichem Tempo. Die Anstrengungen der ägyptischen Regierung Erdöl durch Erdgas zu ersetzen zeigen erste Erfolge. Mittlerweile sind alle Kraftwerke in Ägypten auf Erdgas umgerüstet worden. Damit stellen 65% der ägyptischen Gasproduktion die Erzeugung von 84% Prozent der Elektrizität sicher (16% liefert der Assuan-Staudamm). Auch viele der großen Industriekunden in energieintensiven Branchen haben inzwischen auf Gas umgestellt. Auch in den Straßen Kairos sind derartige Erfolge nicht zu übersehen. Seit einem Pilotprogramm sind in der Hauptstadt nun schon 20.000 gasbetriebene Taxis unterwegs. Insgesamt sind es 50.000 Fahrzeuge. Außerdem verfügt Ägypten bereits über ein ansehnliches Netz von 100 Gastankstellen. Ein erheblicher Teil der ägyptischen Erdgasförderung wird dabei sogar noch exportiert. Im Jahr 2005 stieg der Export von Erdgas nach der Fertigstellung einer Erdgasverflüssigungsanlage nahe Alexandria weiter sprunghaft an. Mittlerweile exportiert Ägypten knapp 44 Millionen m<sup>3</sup> Erdgas in flüssiger Form. Das sind ca. 30% der ägyptischen Gesamt-

produktion. Ägypten steigt damit als sechstgrößter Lieferant weltweit als „global player“ in den Markt für Flüssigerdgas auf. Daneben setzt Ägypten seine Bemühungen zum Ausbau des Pipeline-Systems in der Region fort. Eine Pipeline führt bereits nach Jordanien eine weitere soll nach Israel führen und die Lieferung von Erdgas nach Israel schon ab Ende 2007 ermöglichen. Neben der Erweiterung bestehender Anlagen werden weitere Pipeline-Projekte geprüft.

### **Die Rolle alternative Energieträger**

Bislang setzte Ägypten nur auf Erdgas und Wasser als Energieträger bei der Erzeugung von Elektrizität. Die Kapazität der existenten Kraftwerke beläuft sich auf 17 GW. Neben anderen Ländern des Nahen Ostens, hat Ägypten im Oktober 2006 überraschend verkündet, man wolle wieder Atomkraftwerke einsetzen und damit sein Programm zur friedlichen Nutzung der Kernenergie nach fast 20 Jahren wieder aufnehmen. Dazu hat Ägypten die Internationale Atomenergiebehörde der Uno (IAEO) in Wien um Unterstützung gebeten. Von der diplomatischen Seite gab es keine bedeutenden Einwände. Die USA haben sofort ihre technische Zusammenarbeit angeboten. Als möglicher Partner für den Bau stehen neben China und Russland natürlich auch „traditionelle Lieferländer“ wie Frankreich und die Vereinigten Staaten zur Verfügung. Das Kraftwerk soll an der Mittelmeerküste entstehen und 1 GW Strom liefern.

Immer wieder wird allerdings, vor allem von ausländischen Geberstaaten auch das Potential der in Ägypten reichhaltig vorhandenen Windkraft und vor allem Sonnenenergie als alternativer Energieträger beschworen. Die Anzahl der existierenden und geplanten Projekte halten sich allerdings in Grenzen. Bisher sind alternative Energieträger vor allem in ländlichen Gegenden zum Einsatz gekommen, wo ein Anschluss an das nationale Stromnetz schwierig und kostenintensiv war. Der Einsatz von alternativer Energie im großen Rahmen wird in einem gemeinsamen Projekt mit Deutschland und Dänemark verwirklicht. Am Roten Meer wird momentan eine Windkraftanlage gebaut, die 60 MW liefern soll; auch ein mit Unterstützung der United States Agency for International Development, zu bauendes gekoppeltes Solar-Gas-Kraftwerk, dass tagsüber mit Sonnenenergie und nachts mit Gas betrieben werden soll, ist in der Diskussion.

## Ägyptens Freunde und Feinde

-Erste ägyptische Meinungsumfrage stimmt nachdenklich-

Über ein Jahr nach der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen am 30. September 2005 in der dänischen Tageszeitung Jylland-Posten, veröffentlichte die Informationsabteilung des ägyptischen Kabinetts eine Umfrage unter der ägyptischen Bevölkerung, in der ihre Wahrnehmung der arabischen (Nachbar-)Staaten einerseits der Wahrnehmung von 14 ausgesuchten nicht-arabischen Staaten andererseits gegenübergestellt wurde.

Die Studie galt zwar vornehmlich der Einschätzung der Wirkung ausländischen Engagements in der Arabischen Welt, offenbart aber gleichzeitig erschreckende Ergebnisse hinsichtlich der Auswirkungen des Karikaturenstreits. In der Umfrage wurden 1.000 Personen telefonisch nach ihrer Einstellung zu verschiedenen Ländern befragt. Dabei konnten die Teilnehmer aus mehreren Ausprägungen auswählen, wie freundlich oder feindlich gegenüber ihrem Heimatland eingestellt sie diese fremden Länder einschätzen.

Die Ergebnisse der Erhebung offenbarten einen erschreckenden Vertrauensschwund der Araber gegenüber der westlichen Welt. Es waren vor allem westliche Länder, die in dieser Befragung, in der Gunst der Befragten besonders schlecht abschnitten.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse lassen sich grob vier Cluster von Ländern ausmachen. Da sind zum einen - wenig überraschend - die Arabischen Länder, mit denen sich die Ägypter wegen ihrer Zugehörigkeit zum diesem Raum natürlich besonders identifizieren. Als freundlichste Arabische Länder gelten den befragten Ägyptern der Erhebung zufolge: Saudi Arabien, Libanon, Palästina, Sudan und Syrien. Zusammen mit dem Iran sind dies bemerkenswerterweise genau solche Staaten, die in den vergangenen Jahren im Westen regelmäßig für schlechte Schlagzeilen gesorgt haben und deshalb vom Westen mitunter eher kritisch beobachtet werden.

Eine zweite Gruppe ist die der asiatischen Länder, die ähnlich gute Werte erreichen. Dem gegenüber stehen zwei Gruppen westlicher Länder. Zum einen solche, die mehrheitlich feindlich gesinnt beurteilt und solche, die noch überwiegend als freundlich gesinnt eingestuft werden. Zur ersteren Gruppe gehört neben den Erzfeinden Israel und den USA auch deren britischer Alliiertes und jetzt wohl auch Dänemark. Auch wenn zu vermuten ist, dass es sich bei Dänemark nur um ein vorübergehendes Mitglied dieser Gruppe handeln dürfte, so fällt doch auch, wie lange sich die Ägypter des Karikaturenstreits erinnern. Zu sehr scheinen die Zeichnungen die arabische Seele getroffen zu haben.

### - „Feinde“ ?

Unangefochtener Sieger im Hinblick auf die „gefühlte Feindseligkeit“ war für viele sicherlich nicht überraschend weiterhin der Staat Israel, den 11% als ihrem Land gegenüber feindlich, 81% sogar als sehr feindlich eingestellt einordnen. Für uns Europäer bemerkenswert ist dann jedoch, dass auf dem zweiten Platz nicht zuletzt wegen ihres Irak-Engagements etwa die USA oder Großbritannien folgen, sondern das EU Mitgliedsland Dänemark. 23% der Befragten (USA: 21%) schätzen Dänemark als ein feindlich gesinntes Land ein, 38% halten es sogar für sehr feindlich gesinnt (USA: 35%).

Noch vor einem Jahr, für seine pazifistischen und humanitären Anstrengungen nicht zuletzt von arabischen Regierungen gewürdigt, hat es Dänemark angesichts des Karikaturenstreits geschafft, sich zu einem, aus Sicht der Ägypter, feindlicher gesinnten Land zu entwickeln als die USA. Großbritannien folgt auf Platz 4.

### - „Freunde“ ?

Eine letzte Gruppe von Ländern, darunter auch Deutschland, wird zwar noch überwiegend als freundlich gesinnt eingeordnet, ein nicht unerheblicher Anteil der befragten Ägypter begegnet diesen Ländern dennoch offensichtlich mit wachsendem Argwohn. Dies ist wohl vor allem die Folge von den unterstellt wachsenden Dominierungsversuchen.

Die Mehrheit der Befragten sehen in Ländern wie etwa Italien, Frankreich und Russland zwar weiterhin eher freundlich gesinnte Länder, So sehen Deutschland etwa 9% als sehr freundlich gesinnt, 34% als freundlich und 36% als neutral. 8% empfinden Deutschland hingegen als feindlich gesinnt und 4% als sehr feindlich gesinnt; 9% machen keine Angabe. Sechs weiteren Staaten des Samples ist dann noch gemein, dass sie allesamt östlich von Ägypten bzw. in Asien liegen und ihnen fast niemand Feindseligkeit unterstellt. Als freundlichstes Land unter ihnen gilt den Befragten dabei sogar der Iran, mit dem Ägypten übrigens überhaupt keine diplomatischen Beziehungen unterhält, gefolgt von Ländern wie China, Japan, Pakistan, Türkei und Indien. Alle diese Länder bekommen wesentlich bessere Noten als ihre „westlichen Counterparts“.

Vielen Ägyptern missfällt der ohnehin schon ubiquitäre Einfluss der westlichen Welt. Darüber hinaus werden Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa und Amerika misstrauisch und kritisch betrachtet, da sie oftmals auch politische und kulturelle Aspekte enthalten, worin einmal mehr der Versuch gesehen wird, der arabischen Kultur einen westlichen Stempel aufzudrücken. Diese Sorge erweist sich zum Beispiel auch in den Verhandlungen über den Aktionsplan im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik zwischen Europa und Ägypten als empfindlicher Punkt.

In Reaktionen ägyptischer Zeitungen reagiert man jedoch vor allem auf das Abschneiden Dänemarks mit Unverständnis. Das die Umfrage dazu geeignet ist, das tatsächliche Bedrohungspotential, das von den verschiedenen Ländern ausgehen soll, zu messen, wurde von den meisten Kommentatoren wohl zurecht bezweifelt. Doch selbst wenn die Antworten sehr stark von der Sympathie oder Antipathie der Befragten gegenüber den besagten Länder geprägt worden ist, müssen diese Ergebnisse doch verwundern wenn nicht erschrecken.

In Interviews auf der Straße zeigte man sich aber doch überwiegend unzufrieden damit, dass Dänemark in derselben Gruppe geführt wird wie Israel. Viele hätten lieber Amerika auf dem zweiten Platz gesehen. Schließlich hätten deren Aktionen und Kriege gegen die Arabische Welt doch eine ganz andere Qualität. Hier sei die Animosität ein Ergebnis jahrelanger Auseinandersetzungen. Bei Dänemark sei das nur eine kurzfristige Erscheinung. Dennoch offenbaren die Antworten die wachsenden Gräben, die im Verhältnis zwischen der Arabischen und der Westlichen Welt sich momentan eher noch vertiefen. Und auch wenn es für diese Studie keine Vergleichszahlen gibt, bleibt zu vermuten, dass die Fronten sich verhärten und dass unsere Kulturen im Dialog heute weiter voneinander entfernt stehen als dies vorher der Fall war.

## Kirchenspaltung in Ägypten ? (Maximus I. gegen Shenuda III.)

Am 2. Juli 2006 erklärte sich Pater Maximus Youhanna, ein bereits im Jahr 1976 von der ägyptisch-koptischen Kirche verstoßener Geistlicher, selbst zum Erzbischof der koptischen Kirche Ägyptens. Seine Beweggründe zu diesem Schritt erläuterte er im Rahmen einer Aufsehen erregenden Pressekonferenz, die er in „seiner“ Kirche auf dem Mokkatam Hügel in Kairo, wenige Tage nach dieser Verlautbarung vor seiner staunenden Gemeinde abhielt. Dies tat er zudem zu einem Zeitpunkt, als sich der 83 Jahre alte und seit 35 Jahren als Papst der koptischen Kirche amtierende Shenuda III., zu medizinischen Behandlungen in Deutschland bzw. Amerika aufhielt.

Er begründete seinen Schritt mit der Kritik an dem in seinen Augen schlechtesten Pontifikat in der koptischen Geschichte. So sei er zu der Einschätzung gelangt, dass das Pontifikat Shenuda's III. die Konflikte zwischen den Kopten und den Muslimen in Ägypten eher gefördert und offensichtlich nötige Reformen in der Kirche verhindert habe.

Die Antwort der amtierenden koptischen Kirchenführung kam prompt und wies die Selbsternennung des Dissidenten zum Erzbischof schroff zurück und erklärte, man werde seine neue Rolle bzw. seinen Titel keinesfalls anerkennen. Mehrere Vertreter der koptischen Gemeinde klagten sogar gegen Maximus I. und forderten die ägyptische Regierung auf, sofort in diesen Kirchenstreit zugunsten des Amtsinhabers einzugreifen.

Nach seiner Rückkehr am 9. Juli nahm dann auch Papst Shenuda III. selbst zu den Vorgängen Stellung. Er spielte dabei den Vorgang, zur Überraschung einiger prominenter Kirchenmitglieder, zuerst einmal herunter und warnte seine Gemeinde davor, Maximus' abtrünniger Kirche zuviel Beachtung zu schenken.

Die ägyptischen Medien reagierten auf diese eher zurückhaltende Reaktion des kränkenden Amtsinhabers mit der Unterstellung es sei bereits zu einer Spaltung der koptischen Kirche in Ägypten gekommen. Als wesentlichen Grund für die unterstellte Spaltung der Kirche konzentrierten sie sich vor allem auf die als „zu konservativ“ beurteilte Führung Shenudas bzw. seine mangelnde Reformbereitschaft in Fragen der Liturgie und des Scheidungsrechts und des Zölibats.

In der Tat vertreten Maximus und seine Anhänger zum Teil ganz andere Standpunkte in diesen Fragen. Die Anhänger Maximus befürworten im Gegensatz zum amtierenden koptischen Patriarchen Pilgerreisen in das Heilige Land, während Papst Shenuda wohl aus politischer Rücksichtnahme Reisen dorthin d.h. u.a. in das "besetzte Jerusalem" aus Solidarität mit den Palästinensern so lange verbieten will, wie diese "Israelische Besatzung" andauert. Darüber hinaus will Maximus, der selbst verheiratet ist und zwei Kinder hat, "seinen" Geistlichen die Ehe erlauben. Er vertritt auch weniger strikte Ansichten bezüglich der Scheidung bzw. Wiederverheiratung als Shenuda. In der koptischen Kirche war dies bislang nur unter der Voraussetzung des nachgewiesenen Ehebruchs eines der Ehepartner möglich.

Genährt wurden Unterstellungen hinsichtlich einer Spaltung der koptischen Kirche auch durch die inzwischen erfolgte Gründung von 11 "abtrünnigen" Gemeinden und durch die Ankündigung Maximus, demnächst "eigene" Bischöfe weihen zu wollen, um seiner "reformierten" Kirche ein neues Fundament zu geben.

Unterstützung finden die Anregungen bzw. Vorstellungen Maximus vor allem bei solchen Gemeindemitgliedern, die eine Ehescheidung bzw. Wiederverheiratung anstreben. Diese mussten ihr Ansinnen bislang dadurch in die Tat umsetzen, indem sie zum Islam übertraten, der bekanntermaßen vor allem für Männer ein besonders "formloses" Scheidungsprozedere kennt.

Aber auch Frauen nutzten in den vergangenen Monaten verstärkt den Weg des Religionswechsels, um dem Leiden in Ihren Ehen ein Ende zu bereiten, indem sie sich des erst vor wenigen Monaten vom ägyptischen Parlament verabschiedeten, neuen (islamischen) Scheidungsrechts bedienen.

Auch weniger kritischen Kirchenmitgliedern war in den vergangenen Monaten nach Verabschiedung der neuen Scheidungsregeln für Frauen aufgefallen, dass immer mehr koptische Frauen ihre Gemeinde nicht nur zwecks Eheschließung mit einem Muslim verließen, sondern diesen Weg auch gingen, um eine Scheidung von ihrem koptischen Ehepartner durchzusetzen.

Neben diesem durchaus "weltlichen" Aspekt, spielt aber auch ein politischer Aspekt eine größere Rolle bei der Entscheidung vieler Kopten sich dieser „neuen koptischen Kirche“ zu öffnen. Diese beklagen die schon lange andauernde, offene Unterstützung des Mubarak-Regimes durch ihre Kirche. So hatte sich der Amtsinhaber Papst Shenuda nicht nur bei den letzten Präsidentschaftswahlen sondern bereits zuvor immer wieder offen für die Wiederwahl von Präsident Hosni Mubarak ausgesprochen, dies um so mehr, als er in dem amtierenden ägyptischen Präsidenten den wichtigsten wenn nicht einzigen Garanten für die Unabhängigkeit der koptischen Kirche bzw. die Freiheit ihrer Religionsausübung sieht. Vor allem der wachsende politische Einfluss der ägyptischen Muslimbrüder hatte in den vergangenen Jahren für wachsende Unruhe im "koptischen Lager" gesorgt, wobei viele sich, vor einer mit einer Machtübernahme der Muslimbrüder wohl verbundenen Einschränkung ihrer Bürgerrechte in Ägypten fürchten. In Reaktion auf diese Sorge möchten die einen das Regime Mubarak eher unterstützen, andere sehen dagegen offensichtlich in einer kritischeren Distanz zum herrschenden Regime eine bessere "Überlebensstrategie".

Die ägyptische Regierung scheint derweil keine größere Auseinandersetzung innerhalb der koptischen Kirche wahrzunehmen. Sie lehnte deshalb auch ein von einigen gefordertes behördliches Eingreifen unter den jetzigen Gegebenheiten (noch) ab. Viele Kopten bestärken die Regierung in diesem Verhalten und betonen dass Ihrer Einschätzung nach die „Kirchenabspaltung“ dauerhaft keine große Chance haben werde. Für sie erscheint Papst Shenuda weiterhin viel zu beliebt bzw. verehrt zumal die meisten Kopten sich ihrer Kirche sehr verbunden fühlen.

Zudem sehen viele Kopten in Maximus, der in den USA zum Bischof geweiht wurde und von dort wohl auch (materielle) Unterstützung erfährt, nur einen Gefolgsmann der amerikanischen Regierung.

Nachdem sich der Amtsinhaber am 22. Juli nochmals an die koptische Gemeinde und auch an den abtrünnigen Maximus, den er nunmehr mit seinem weltlichen Namen Max Michel anredete, mit der Aufforderung gewandt hatte, zu der einen koptischen Kirche zurückzukehren vererbte die weitere Berichterstattung der Medien. In einem an die Gemeinde gerichteten Schreiben forderte Papst Shenuda Maximus auf, keine Sakramente mehr zu spenden. Die Gläubigen rief er währenddessen dazu auf, sich der "neuen Kirche" nicht zuzuwenden und im Glauben fest zur traditionsreichen koptischen Kirche unter seiner Führung zu stehen.